



Dringliche Motion 282

Eingang Stadtkanzlei: 4. April 2019

Neue städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik (Ziel Netto Null CO₂-Emissionen bis 2030)

Die Klimaerwärmung ist eine unbestreitbare Tatsache. Auch mit ambitionierten Massnahmen ist es nicht mehr möglich, sie vollständig einzudämmen. Darum ist es umso wichtiger, alles zu tun, um die Klimaerwärmung auf ein Minimum zu reduzieren.

Auch die Stadt Luzern muss Verantwortung übernehmen. Es würde der Stadt darum gut anstehen, in dieser Angelegenheit eine Vorreiterrolle einzunehmen. Dass dabei auch die Bevölkerung eine wichtige Rolle spielt, ist unbestritten. Dem Schwerpunkt Information, Kommunikation und Beratung ist dabei besonders Beachtung zu schenken. Der grösste CO₂-Ausstoss entsteht aber nach wie vor durch die Mobilität und das Bauwesen. In diesen Bereichen ist der Stadtrat aufgefordert, bereits ergriffene Massnahmen zu intensivieren und bis anhin nicht verfolgte für eine schnelle und deutliche Wirkung zu implementieren.

Die Stadt Luzern betreibt eine nachhaltige Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik. Die Bevölkerung hat sich die 2000-Watt-Gesellschaft als Ziel gesetzt. Gemäss dem aktuellen Aktionsplan Luft, Energie und Klima sollen bis Mitte des Jahrhunderts die Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen und der Verbrauch von fossilen Energieträgern stark reduziert werden. Der Bezug von Atomstrom wird ganz aufgegeben.

Mit der vorliegenden Motion wird der Stadtrat aufgefordert, dem Grossen Stadtrat ein überarbeitetes Reglement für eine nachhaltige städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik (Energierglement) zu unterbreiten, in dem das Ziel der Reduktion des CO₂-Ausstosses auf netto Null pro Einwohnerin und Einwohner bis 2030 umgesetzt ist. Der Bericht soll zudem aufzeigen, wie durch konkrete Massnahmen in den sechs bestehenden Stossrichtungen und Handlungsfeldern des Aktionsplans Luft, Energie und Klima das neue Ziel umgesetzt werden kann. Die Massnahmen und die Erreichung der Ziele sollen hinsichtlich der sozialen, ökologischen und ökonomischen Dimension der Nachhaltigkeit geprüft und bewertet werden.

Jules Gut und András Özvegyi
namens der GLP-Fraktion